

Achim und die Atomwaffen

Stadt verfasst Resolution – Ratsleute verlassen den Saal

Achim. Das hat der Achimer Stadtrat so wohl auch noch nie erlebt: Etwa die Hälfte der anwesenden Mitglieder hat vor einer Abstimmung während der jüngsten Sitzung den Saal verlassen – aus Angst, ansonsten eine rechtswidrige Handlung zu begehen. Und so gewannen die Gruppe SPD/Mindermann und die Grünen eine Abstimmung haushoch, was zur Folge hat, dass die Stadt Achim nun eine Resolution verabschieden wird, mit der sie die Bundesregierung auffordert, einem Vertrag der Vereinten Nationen von 2017 beizutreten, der das Verbot von Atomwaffen zum Ziel hat. Den Antrag hatte Ratsherr Paul Brandt für die Gruppe SPD/Mindermann gestellt.

Nahezu eine Stunde lang wurde über das Thema debattiert, weil die Stadtverwaltung den Antrag überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Debattiert werden musste letztlich, weil der stellvertretende Ratsvorsitzende Rüdiger Dürr (CDU) mit seinem Antrag zu Beginn der Sitzung, das Thema Atomwaffen nicht zu behandeln, mit 17 zu 19 Stimmen unterlegen war. Trotz klarer Aussagen der Stadtverwaltung, dass die Stadt Achim für eine derartige Resolution und das Thema Atomwaffenverbot schlicht nicht zuständig sei, sondern der Bund selbst, beharrten die Befürworter auf eine Beschlussfassung. Hinweise von Stadtjuristin Thea Mühe, dass die Stadt damit einen rechtswidrigen oder gar nichtigen Beschluss fassen würde, fruchteten nicht. Das war zu viel für Dürr: „Bei dem Punkt gebe ich den Vorsitz ab, ich will nicht rechtswidrig handeln“, betonte er im Vorfeld.

Zwar hatte die Stadtverwaltung erklärt, dass kein Ratsmitglied rechtlich belangt werden könne, aber auch das Unverständnis – etwa auf Seiten der CDU – darüber, dass sich

das kleine Achim mit solch großen Themen befasst, spielte eine Rolle für diejenigen, die den Saal dann verließen. „Wir haben hier wirklich dringliche Probleme wie zu wenig Kitaplätze oder eine fehlende IGS-Mensa, damit sollten wir uns befassen“, befand CDU-Mann Jürgen Striedieck. Und fügte sarkastisch hinzu: „Womit beschäftigen wir uns morgen denn, mit Bitcoins oder Rettungspaketen?“ Auch Michael Heckel (WGA) übte Kritik an der SPD, solch ein Thema in den Rat zu bringen und es durchboxen zu wollen.

Antragsteller Paul Brandt argumentierte damit, dass alle Menschen Angst vor Atomwaffen hätten, auch die in Achim. Und er wiederholte mehrfach, dass andere Kommunen in Deutschland eine derartige Resolution bereits beschlossen hätten, darunter die Landeshauptstadt Hannover. Er argumentierte mit rund 90 Kommunen, die dabei seien und wohl rechtlich nicht falsch liegen könnten. Erster Stadtrat Bernd Kettenburg hielt dagegen: „Bei 11 000 Kommunen in diesem Land ist das jetzt keine besonderes große Beteiligung.“

Zwischenzeitlich wurde noch auf Vorschlag von Ute Barth-Hajen (Grüne) noch darüber gesprochen, ob man das Ganze als Appell formulieren solle, um mehr Rechtssicherheit zu haben. Diese Idee stieß bei SPD/Mindermann aber kaum auf Gegenliebe und so hielt die Gruppe den Antrag aufrecht. Mitten in der erschöpfenden Diskussion darüber, ob der Achimer Rat nun für Atomwaffen zuständig ist oder nicht, platzte Karl-Heinz Lichter (CDU) der Kragen. Er beantragte, dass nun endlich abgestimmt werden möge. Aber auch dafür fand die CDU an diesem Abend keine Mehrheit: Ihre Leute hatten da schon den Saal verlassen.

KAP